

Programm für ein Halle der Bürger

Die FDP hat ein Programm für die Amtsperiode 2009-2014 des halleschen Stadtrates, das nicht aus bunten Bildchen besteht. Wir wollen Sie mit Worten und Fakten überzeugen. Sehen Sie Ihre Heimatstadt aus anderer Perspektive, als

Stadt der Generationen

In einer Großstadt differenziert sich viel stärker das Bild unserer Gesellschaft durch das Verhältnis der Generationen zueinander. Während in kleineren Städten und ländlichen Regionen traditionelle Familienbindungen Bestand haben, werden Großstädte durch Einpersonen-Haushalte dominiert.

Für Liberale gehören die Menschen aller Altersstufen zusammen. Vereinzelt Probleme des Zusammenlebens sind aus allen Epochen bekannt und nicht besonderes Symptom unserer Zeit.

Zum guten Verhältnis der Lebensalter ist die Politik, die bekanntlich von Menschen gemacht wird, gefragt. Die Zukunft der Stadt erwächst aus dem Verhältnis der Bürger untereinander. Verständnis und Toleranz aber auch Konsequenz bei Störungen des Gemeinwesens sind Grundbausteine der städtischen Gemeinschaft.

Allzu oft versprechen staatsgläubige Politiker, der Staat könne alles regeln, doch diese unhaltbaren Versprechen schaffen nur Politikverdruss. Der Staat und die Stadt leben mit und durch ihre Einwohner. Nur wenn sich alle angesprochen fühlen, kann jenen, die Hilfe brauchen, diese gewährt werden.

Wir Liberale möchten mit allen Hallensern unsere Stadt wieder voran bringen und dabei die dringendsten Aufgaben baldigst anfassen.

Die SPD-Oberbürgermeisterinnen der letzten Jahre haben in der Hoffnung auf ein Wunder die Stadt in eine finanzielle Notlage gebracht weil klare Konzepte fehlten. Schon frühzeitig hat die FDP-Fraktion Vorschläge gemacht, um die Leistungen für die Bürger zu verbessern und kostengünstiger zu arbeiten, doch die bisherigen Mehrheiten im Rat waren nicht in der Lage, über ihren Schatten zu springen.

Es darf nicht dazu kommen, dass unsere Kinder nur noch Schulden tilgen, ohne Spielraum für die so genannten freiwilligen Aufgaben, die den Kern der kommunalen Selbstverwaltung ausmachen.

Falsch verstandene Erziehung durch Toleranz hat Halle zu einer Hochburg der Schmierereien werden lassen. Damit einhergehend drohen klassische Regeln des Zusammenlebens durch kriminelle Personen in Frage gestellt zu werden. Wir wollen wieder für eine Stadt sorgen, in der sich alle Wohlfühlen und die Rechte des Einzelnen geschützt sind.

Mit den Liberalen wird Halle lebenswerter.

I. Der Schritt ins Leben

Die Zukunft der Städte liegt in den Familien und ihren Kindern. Halle gehört, wie alle Städte in Sachsen-Anhalt derzeit nicht zu den Wachstumszentren. Junge Familien zieht es eher ins Umland oder gar weg aus Sachsen - Anhalt. Für diese muss ein Verbleib in oder Zuzug nach Halle interessant sein.

Bedeutsam für die Entscheidung Kinder zu bekommen und am Ort zu bleiben, sind die wirtschaftliche Perspektive der Familie und das Umfeld, in das Kind hineingeboren wird.

Die FDP als Partei mit dem größten wirtschaftlichen und sozialen Sachverstand hat sich der Aufgabe verschrieben, Halle wieder zu einem attraktiven Standort für moderne innovative Unternehmen zu machen und dies in einem kinderfreundlichen Umfeld.

Wichtig ist, den uneingeschränkten Zugang zu Arbeitsplätzen allen zu ermöglichen. Wir werden die Träger- und Konzeptvielfalt im Kinderkrippen- und Kindergartenbereich ausbauen, damit jenen, welche sich nicht ganztägig um ihre Kinder kümmern können, ein attraktives Angebot unterbreitet werden kann. Wenn Krippenplätze unzureichend oder nur wohnortfern zur Verfügung stehen, muss unbürokratisch eine Tagesmutter vermittelt werden. Bei alledem sind die Verwaltungskosten der Stadt auf ein Minimum zu reduzieren, um akzeptable Kinderbetreuungsgebühren anbieten zu können. Ständige Versuche des SPD geführten Rathauses, für Eltern in Arbeit einen Kindergartenplatz quasi unerschwinglich zu machen, sind ein falsches Signal an jene Leistungsträger, die Halle so dringend braucht.

Oft stehen die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten nicht im Einklang mit den Arbeitszeiten der Eltern. Gerade für allein erziehende Mütter und Väter ist dies problematisch. Die FDP wird sich für Kindertagesstätten mit flexiblen Öffnungszeiten oder Tagesmütter einsetzen.

Maßnahmen des Stadtumbaus werden von Liberalen grundsätzlich einer Kinderfreundlichkeitsprüfung unterzogen. Städtische Ballungsräume stellen spezifische Anforderungen an Kinderfreundlichkeit, die bisher kurzsichtig nicht berücksichtigt wurden, z.B. bei der Gestaltung des Wohnumfeldes, des Straßenraums und der Servicestruktur.

Angebote zur Familienbildung und -erziehung werden die Liberalen dringend verstärken und denen zugänglich machen, die derer bedürfen, denn allzu lange wurden Familienkompetenzen vernachlässigt und der Staat versprach alle Probleme außerhalb der Verantwortung der Familie zu lösen. Nicht die Kriminalisierung von Eltern, wie im so genannten Kinderschutzgesetz, sondern Aufklärung und Hilfe in schwierigen Situationen sind vonnöten. Dabei übernehmen die Kindertagesstätten als Anlaufstelle fast aller Eltern eine wichtige Funktion.

Für junge Mütter und Väter ist der barrierefreie Zugang zum ÖPNV, Behörden und Verkaufseinrichtungen bedeutsam, wobei zusätzlich der größere Raum zum Wenden eines Kinderwagens zu berücksichtigen ist. Die halleschen Liberalen sind eine junge Partei und werden bei städtischen Einrichtungen kleinkindgerechte Zugänge schaffen. Bei Neubauten von Handelseinrichtungen muss „kinderwagengerecht“ ein Genehmigungskriterium sein.

Halle wird mit der FDP eine kinder- und familienfreundliche Stadt durch entsprechende Einflussnahme auf die Stadt- und Verkehrsplanung, womit bereits bei der Planung neuer Baugebiete insbesondere der Drang von Kindern nach Toben und Spielen berücksichtigt

wird. Genauso wichtig ist die Abstimmung des ÖPNV-Angebots auf die Bedürfnisse junger Familien mit Niederflurwagen auf den entsprechenden Strecken zu den benötigten Zeiten sowie eine klare, übersichtliche Linienführung, um auch Kindern eine Orientierung zu erleichtern.

Nicht nur die Vorbildwirkung des öffentlichen Dienstes der Stadt hinsichtlich familienfreundlicher flexibler Arbeitszeitmodelle soll weiter gestärkt werden.

Wir Liberale unterstützen Unternehmen, die familienfreundlicher werden wollen, durch einfache Modelle der Kopplung von Angeboten der Betriebe und der Kommune. Die Beteiligung von Unternehmen an öffentlichen Kindergärten oder die Förderung von Betriebskindergärten als freie Träger werden weiter unterstützt.

Zum Umfeld von Kleinkindern gehören auch Kinderspielplätze. Diese müssen zukünftig vermehrt auf Sauberkeit und Sicherheit überprüft werden. Ebenso muss die Stadt das Netz von Kinderspielplätzen massiv ausbauen, und bestehende Plätze laufend erhalten. Für die kalten und regnerischen Jahreszeiten sind Indoor – Spielplätze für Kinder unabdinglich.

II. Schule und Chancengleichheit

Die Schüler, insbesondere die Grundschüler, sind ohne eigene Mitbestimmung abhängig von den Entscheidungen der Kommunalpolitiker bezüglich Ihrer Schulstandorte. Nach mehrjährigen Experimenten in der Schulstandortpolitik fordern wir Liberalen eine stabiles Standortkonzept, dass den sich an den Schülerzahlen orientiert und Familien eine langfristige Planungsmöglichkeit bezüglich des Schulweges ihrer Kinder garantiert.

Dabei muss der Grundsatz "Kleine Füße - kurze Wege" für die Grundschulbereich vorrangig gelten und gleichzeitig eine schulnahe qualifizierte Hortbetreuung einbeziehen.

Auch die Planung der weiterführenden Schulen (Sekundarschulen, Gymnasien, Gesamtschulen) und Berufsschulen muss ausgewogen und an der Stadtentwicklung orientiert erfolgen. Das bedeutet ebenso, dass bei der Standortplanung bereits sanierte Schulgebäude vorrangig berücksichtigt werden müssen und nicht dem Verfall preisgegeben werden dürfen. Schuleinzugsbereiche bei Schulen der Sekundarstufe beschränken die Wahlfreiheit und sind abzulehnen.

Die FDP setzt sich an den peripheren Schulstandorten für eine sinnvolle Zusammenarbeit mit dem Saalekreis zum Erhalt der Schulen ein. Hier dürfen Kreisgrenzen nicht zu unüberwindbaren Hindernissen werden.

Eine gute Bildungspolitik setzt auf die Individualität der Schüler, Studenten und Azubis und muss allen die Chance bieten, sich als mündige und aktive Persönlichkeit in das Gemeinwesen einzubringen. Diesem Ziel dient auch die Vielfalt der Schulformen und Schulträger, für deren Erhalt sich in der Stadt Halle die FDP einsetzt. Schulen in freier Trägerschaft bieten attraktive Modelle der Förderung und des Unterrichts. Dazu gehört auch, die Schulsozialarbeit zu stärken.

Wir unterstützen die Gründung einer internationalen Schule in unserer Stadt.

Der Begabtenförderung ist in allen Schulen und Berufsschulen in Zusammenarbeit mit der Universität ein hoher Stellenwert beizumessen, da zur Chancengleichheit immer die Förderung der Besten gehört.

Parallel müssen Förderzentren und die berufsvorbereitenden Unterrichtsformen für Förderschüler ausgebaut werden, um jedem Schüler die Chancen auf den bestmöglichen Bildungsgang zu bieten. Dabei sind freie Träger gleichberechtigt einzubeziehen.

Wir Liberalen fordern, dass Gelder die von der Stadt für die Jugendarbeit aufgewendet werden, sinnvoll, kontrolliert und zielgerichtet eingesetzt werden. Dabei müssen Projekte, die die Individualität eines jeden einzelnen Jugendlichen fördert, besondere Kompetenzen vermittelt und die einer sinnvollen nachmittäglichen außerschulischen Beschäftigung dienen, vorrangig vorgebracht werden.

Die FDP fordert, auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel, der Jugendförderung den ihr gebührenden Stellenwert für unsere Gesellschaft zu geben.

III. Lehrjahre in der Heimat

Ein wichtiges Anliegen liberaler Kommunalpolitik ist, die Abwanderung junger leistungsbereiter Menschen aus Stadt und Region zu stoppen. Gut ausgebildete Jugendliche von Heute sind Fachkräfte und Unternehmer von Morgen, die zur positiven Entwicklung unserer Stadt beitragen und deren Zukunftsfähigkeit sichern.

Entscheidendes Kriterium, um Jugendliche an den Standort zu binden, ist ein quantitativ und qualitativ überzeugendes Lehrstellen- und Studienangebot. Jugendliche ohne Lehrstelle verlieren den Anschluss an den Arbeitsmarkt und bedürfen oft umfangreicher und langfristiger staatlicher Unterstützung.

Ziel einer starken FDP-Stadtratsfraktion wird es daher sein, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Schaffung von Ausbildungsplätzen weiter zu verbessern. Wir wollen ortsansässige Unternehmen stärker an die Stadt binden und ihr Verantwortungsbewusstsein für den Produktionsstandort fördern. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, um die Ausbildung junger Menschen für den eigenen Bedarf und darüber hinaus zu bewältigen.

Bei freihändigen Vergaben müssen bevorzugt diejenigen Betriebe aus Stadt und Region berücksichtigt werden, die durch Schaffung und Sicherung von Ausbildungsplätzen ihre Zukunftsfähigkeit unter Beweis stellen. Sie erfüllen in besonderer Weise das Kriterium der Zuverlässigkeit und stärken zugleich die regionale Wirtschaftsstruktur.

Eine originär kommunale Aufgabe ist die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen an berufsbildenden Schulen. Hier befördert die FDP marktnahe Ausbildungsprofile, die sowohl die besonderen Fähigkeiten und Begabungen der Bewerber als auch den zu erwartenden Fachkräftebedarf der Wirtschaft berücksichtigen. Wir sorgen für die Renovierung und eine qualifizierte Ausstattung der haleschen Einrichtungen. Dabei muss auch über den lokalen Bedarf hinaus gedacht werden, um Fachleute in die Stadt zu ziehen.

In Zeiten eines erhöhten Leistungsdruckes steht die Gesellschaft vor der Aufgabe, auch denen eine Chance zu geben, die besonderer Förderung bedürfen. Wir Liberalen unterstützen besonders Schulen, die benachteiligten Jugendlichen eine Zukunftsperspektive eröffnen. Gerade für den Bereich der Hauptschulabsolventen müssen neue Wege in der Berufsbildung gefunden werden, wobei auch die Kammern gefragt sind. Der ständige Ruf nach Akademisierung aller Berufe verkennt die besonderen Fähigkeiten praktisch orientierter Jugendlicher.

Halle als Stadt des Sports hat auch eine besondere Verantwortung für junge Menschen, die sich dem Leistungssport verschrieben haben. Um ihnen bestmögliche Rahmenbedingungen zu bieten, sollen diese Jugendlichen bei der Lehrstellensuche unterstützt und die sportlichen Erfordernisse bei der inhaltlichen Gestaltung der Ausbildung angemessen berücksichtigt werden.

Die FDP wird weiterhin Unternehmen und berufsbildende Schulen unterstützen, die sich mit anderen in Ausbildungsverbänden zusammenschließen, um optimale Bedingungen für eine vielseitige und zukunftsfähige Ausbildung unserer jungen Menschen zu schaffen.

IV. Studium und Wissenschaft in der mitteldeutschen Tradition

Drei Hochschulen und mehrere Forschungseinrichtungen von allen deutschen Forschungsgesellschaften haben in Halle ihren Sitz. Die Stadt und die Martin-Luther-Universität teilen mittlerweile eine über dreihundertjährige Geschichte. Damit sind die Voraussetzungen für einen erstklassigen Wissenschaftsstandort, der zu beiderseitigem Nutzen führt, eigentlich gegeben. Dazu ist aber auch ein hohes Maß an Kooperation erforderlich. Aus der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Wissenschaft ist in den letzten Jahren leider eher ein Nebeneinander, teilweise ein Gegeneinander geworden. Symbolhaft dafür stehen die Zweitwohnsitzsteuer und das Gerangel um das geisteswissenschaftliche Zentrum.

Die Martin-Luther-Universität, als mit Abstand größte Einrichtung bei annähernd 18.000 Studenten und über 5000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist für Halle strukturbestimmend. Nur mit ihrer Hilfe bleibt Halle eine junge Stadt und kann stetig innovatives Potential importieren. Die FDP wird sich für eine Belebung des bereits bestehenden Kooperationsvertrages einsetzen. In der Stadtverwaltung muss das Bewusstsein verankert werden, dass eine starke Universität für die Stadt von besonderem Interesse ist. Im Gegenzug sollten die Stadt und ihre Verwaltungen noch stärker die Kapazitäten der Universität bei der Bewältigung von Problemen und der Lösung städtischer Aufgaben nutzen.

Die Hochschule für Kirchenmusik und die Hochschule für Kunst und Design „Burg Giebichenstein“ sollen stärker in der Kulturszene unserer Stadt wirken und gleichzeitig als Exportartikel Markenzeichen Halles sein.

Die Liberalen werden in unserer Stadt das Wissenschaftspotential an Forschungsinstituten und Universitätseinrichtungen ausbauen und dieses verstärkt als Wirtschaftsfaktor nutzen. Clusterungen von Forschungs- und Produktionsunternehmen insbesondere im Bereich der Bio- und Nanotechnologie sowie im Multimediasektor sollen Halle zu einem Anziehungspunkt entwickeln. Günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung bestehender Einrichtungen und für Neuansiedlungen sind zu schaffen.

Im Interesse der Stadt und der Hochschulen liegt auch eine Verbesserung der Attraktivität Halles für Studierende. Dazu soll ein interessanteres Bonuspaket für die Erstwohnsitznahme und ein akzeptables Semesterticket gestaltet werden. Das Kultur- und Freizeitangebot der Stadt muss sich mehr an studentischen Interessen orientieren. Das Studentenwerk erfährt umfassende Unterstützung durch die Kommune, um die Lebensbedingungen und das Lebensumfeld der Studenten schrittweise zu verbessern.

Die FDP freut sich über die Entscheidung der Bundesregierung, die Leopoldina zur Nationalen Akademie der Wissenschaften zu erklären. Es gilt diesen Schwung zu nutzen und die Kooperation zwischen Wissenschaft und Stadt wieder zu stärken.

Studentische Austauschprogramme im internationalen Rahmen erfahren mit der FDP eine gezielte Unterstützung durch die Stadt. Ausländische Studierende sind eine Bereicherung der Stadt.

Die Liberalen werden städtische Preise für besondere wissenschaftliche Leistungen ausloben, um den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern.

VI. Zukunft durch Innovation

Die FDP sah von Anfang an die Chancen Halles in der Ausrichtung der Wirtschaft auf innovative Branchen und der Schaffung optimaler Ansiedlungsbedingungen, um so die Stadt attraktiv für ihre Menschen zu gestalten.

Bislang haben der Stadtrat und die Stadtverwaltung häufig das klare Bekenntnis zu Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen vermissen lassen. Das beginnt bei schlampigen Baunutzungsplanungen und setzt sich fort über übertriebene Auflagen des Denkmal- und Naturschutzes und unsinnige Verwaltungsspiele auf dem Rücken der Investoren. Damit muss endlich ein Ende sein, um Halles Ruf nicht dauerhaft zu beeinträchtigen. Das Bemühen der Wirtschaftsförderung verpufft, wenn der Rest des Rathauses nicht mitmacht.

Mit der FDP wird Halle seine Schwerpunkte, wie Biotechnologie, Nanotechnologie und Neue Medien stärker unterstützen und dafür sorgen, dass diese Centers of excellence besondere Förderung, die nicht nur finanziell ist, erhalten. Zu vermeiden ist eine zu starke Auffächerung der Schwerpunkte, die den Wiedererkennungswert der Stadt mindert. Im Weinbergcampus hat sich eine Struktur herausgebildet, die ideale Voraussetzungen für eine stärkere Verzahnung von Universität, Forschungsinstituten und Forschungs- und Produktionsunternehmen bietet. Die Ansiedlungen auf dem Gebiet des Technologieparks werden unterstützt, u.a. durch eine verbesserte verkehrliche Erschließung.

Wichtig für die FDP ist ebenso ein forschungsfreundliches Umfeld mit schnellen Genehmigungen, positiver öffentlicher Begleitung und der Vernetzung von Lehre, Forschung, Startups und Produktionseinheiten.

Die Liberalen werden den Ausbau der Wissenschafts- und Innovationslandschaft weiter massiv vorantreiben. Dabei ist es wichtig, dass Investitionswillige durch schnell Entscheidungen von Verwaltung und Stadtrat befördert und nicht durch Bedenkenträgerei vertrieben werden.

Es ist dringend geboten, mit den in Halle vorhandenen Forschungseinrichtungen, wie Max-Planck-Instituten, Instituten der Fraunhofer-, Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft und der Universität sowie innovativen Firmen ein intensives Netzwerk zu knüpfen, um aus der hohen Wissensdichte vor Ort einen positiven Effekt in der Wirtschaftsstruktur unserer Stadt zu erzielen. Dazu bedarf es auch idealer Ansiedlungsbedingungen für Produktionsunternehmen, inklusive Ver- und Entsorgung, um nicht dauerhaft nur know-how zu verkaufen, ohne weitere Arbeitsplätze zu schaffen.

Da die Niederlassungskonditionen im Umland häufig günstiger sind, muss hier endlich ein koordiniertes Handeln erreicht werden.

Besondere Unterstützung gibt die FDP traditionellen Unternehmen, die ihre Forschungsabteilungen nach Halle verlagern wollen. Hierbei ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Investoren von Bedeutung.

VI. Arbeit, Einkommen, Vermögen

Zu den für die Lebensqualität in unserer Stadt entscheidenden Faktoren gehören ein ausreichendes Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie finanzielle Rahmenbedingungen, die sowohl dem einzelnen Bürger als auch der Kommune ein nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen.

Nachdem das Dreierbündnis von LINKE, SPD und CDU den städtischen Haushalt über Jahre hinweg in eine bedrohliche Schieflage gebracht hat, wird eine starke liberale Fraktion im neuen Stadtrat konsequent zur Konsolidierung der städtischen Finanzen beitragen. Dazu ist es auch erforderlich, die kostenintensive Verpflichtung externer Berater der Stadtverwaltung und ganzer Beratungsgremien unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten kritisch auf den Prüfstand zu stellen. Ein Einstellungsstopp wird dazu dienen, endlich die gebotene Aufgabenkritik im Rathaus durchzuführen.

Halle braucht eine effiziente und aus sich heraus handlungsfähige Verwaltung, um Genehmigungsverfahren schnell und unbürokratisch zu handhaben und damit die Neuansiedlung von Unternehmen und den Ausbau bestehender Einrichtungen zu fördern. Langfristig erfolgreiche Unternehmensansiedlungen verlangen darüber hinaus eine gut ausgebaute Infrastruktur, niedrige Steuer- und Abgabenlasten sowie überzeugende „weiche“ Standortfaktoren, zu denen ein attraktives Stadtbild ebenso gehört wie günstige schulische Entwicklungsmöglichkeiten und ein reichhaltiges Kultur- und Freizeitangebot.

Liberale Wirtschaftsförderung auf kommunaler Ebene wird Anreize setzen, Unternehmenssitze nach Halle zu verlagern, wenn sich der Hauptbeschäftigungsbereich vor Ort befindet. Dazu gehören ein attraktives Umfeld für das Management, stimmige finanzielle Rahmenbedingungen und funktionierende Netzwerke.

Wir stehen für Bürgerorientierung statt Gewinnmaximierung bei den kommunalen Unternehmen, während die SPD-Oberbürgermeisterin mit Hilfe der Kommunalunternehmen ihren schwindsüchtigen Haushalt sanieren will und damit Wirtschaft und Bürgern überhöhte Gebühren und Versorgungspreise zumutet.

Wichtig ist es, insbesondere mittelständische Unternehmen aus Wachstumsbranchen für eine Ansiedlung zu gewinnen, denn diese finden in Halle mit den Forschungskapazitäten

der Universität und der Hochschulen, mit den qualifizierten Arbeitskräften und den spezialisierten regionalen Zulieferern potente Partner.

Um dieses Anliegen zu unterstützen, setzt sich die FDP für eine nachhaltige kommunale Liegenschaftspolitik ein. Städtische Flächen sollen zügig erschlossen und für die Um- und Ansiedlung von Unternehmen günstig bereitgestellt werden. Das betrifft zum Beispiel ehemals bedeutende Industriestandorte wie Ammendorf und Halle-Trotha sowie den weiteren Ausbau des Standorts Halle-Ost. Hier wollen die haleschen Liberalen Bedingungen für Investoren schaffen, die denen der grünen Wiese überlegen sind und durch besonderen städtischen Service veredelt werden.

Die FDP tritt für eine Vereinfachung von Förderungsmechanismen ein und befürwortet eine Konzentration auf zukunftssträchtige Branchen, die in Halle über günstige Potentiale verfügen. Insbesondere sollen technologie- und wertschöpfungsintensive Unternehmen mit eigenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten verstärkt gefördert werden. Dazu gehört neben der Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen vor allem die Unterstützung bei Bau- und Förderanträgen.

Mit den Liberalen können endlich auch wieder alteingesessene Unternehmen, die das Rückrat unserer Wirtschaft bilden, mit kommunaler Aufmerksamkeit rechnen.

Der Absatz von Waren, die im Raum Halle erzeugt werden, ist aus liberaler Sicht mit allen rechtlich zulässigen Mitteln zu fördern, ebenso wie die Auftragserteilung an einheimische Unternehmer durch die öffentliche Hand.

Alle Entscheidungen des Stadtrates werden mit einer starken FDP unter dem Gesichtspunkt der Schaffung, Behinderung oder Vernichtung von regionalen Arbeitsplätzen abgewogen.

Aus liberaler Sicht muss darüber hinaus der regionalen Wirtschaftsförderung stärkere Beachtung zuteil werden. Wichtig erscheint uns insbesondere eine enge Zusammenarbeit der Städte Leipzig und Halle. Wir wollen, dass beide Städte im Bereich kommunaler Aufgaben und Dienstleistungen eng miteinander kooperieren. Dazu gehört auch die Vernetzung der Flächenkataster, um einem Investor, der in der einen Stadt keinen geeigneten Standort findet, eine seinen Vorstellungen entsprechende Fläche in der anderen Stadt anbieten zu können und ihn damit in der Region zu halten.

Wichtig für die Ansiedlung und die weitere positive Entwicklung von Unternehmen ist selbstverständlich auch eine bedarfsgerechte städtische Infrastruktur. Dazu gehört auch, den innerstädtischen Händlern attraktiven Parkraum für ihre Kunden zur Verfügung zu stellen. Hier ist dringend die liberale Hand für neue Prioritäten gefragt.

Verwirrende Einbahnstraßenregelungen, unsinnige Tempo-30-Zonen und ein abschreckender Schilderwald zeigen an vielen Stellen der Stadt ungünstige Auswirkungen. Rückbaumaßnahmen an der städtischen Infrastruktur sollen sich aus liberaler Sicht auf Bereiche beschränken, wo Bauwerke das Stadtbild stören und die Aufenthaltsqualität erheblich beeinträchtigen. In diesen Fällen müssen verträgliche Alternativen entwickelt werden, die auf einen gesunden Interessenausgleich zwischen verkehrsplanerischen und immobilienwirtschaftlichen Erfordernissen abzielen.

Zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt Halle und ihres Umlandes sprechen wir uns zugleich für einen weiteren Ausbau der regionalen und überregionalen

Verkehrsinfrastruktur im mitteldeutschen Raum aus. Das betrifft neben der Fertigstellung der A 143 und der B 6n den weiteren Ausbau des Flughafens Leipzig-Halle, die Vollendung der ICE-Schnellstrecke Berlin-Halle/Leipzig-Erfurt sowie den weiteren Ausbau des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes einschließlich eines erweiterten regionalen S-Bahn-Netzes.

Um den Öffentlichen Personennahverkehr zu fördern sollen zielgruppenorientiert spezielle Angebote entwickelt werden. Dazu könnte ein attraktives studentisches Semesterticket Leipzig-Halle ebenso gehören, wie ein Jobticket für Arbeitgeber, die Standorte auf beiden Seiten der Landesgrenze haben (z. B. das Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle) und eine „Leipzig-Halle-Karte“ für Touristen, die auch Vergünstigungen für kulturelle Einrichtungen in beiden Städten einschließt. Die FDP wird der „gesetzmäßigen“ jährlichen Erhöhung der Preise der HAVAG ein Ende setzen.

Hauptaufgabe der Stadt und ihrer Wirtschaftsförderung ist es aus Sicht der FDP, sich kontinuierlich für die Verbesserung der Standortbedingungen einzusetzen. Halle muss zur Stärkung der Gewerbekultur verbraucherfreundlicher werden.

Grund- und Gewerbesteuern müssen abgesenkt werden, anstatt die Steuer- und Abgabenschraube bis zum Zerbrechen zu drehen, denn die hohe Standortflexibilität der modernen Dienstleistungen führt bei Überbelastung schnell zu Abwanderung und zu Arbeitsplatzverlusten.

Die Bürger profitieren am meisten von niedrigen Abgaben und einer investiven Haushaltspolitik, weshalb die FDP dafür sorgen wird, dass die städtischen Abgaben und Gebühren nicht zur Finanzierung unsinniger Leistungen erhoben werden. Grundanliegen liberaler Wirtschafts- und Finanzpolitik ist es, die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten, um ihnen größtmögliche Freiräume für die Entfaltung ihrer persönlichen Interessen und zur Verwirklichung individueller Lebensentwürfe zu eröffnen.

VII. Leben in Halle

Halle als größte Stadt Sachsen-Anhalts muss durch gezielte Politik der Stadtverwaltung kontinuierlich als attraktive und lebendige Stadt gestaltet werden. Dabei sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Leben in unserer Stadt angenehm machen und für Einwohner, Gäste und Zuzugsinteressenten anziehend sind.

Besonderes Augenmerk ist dabei auf die komplexe Gestaltung des Zentrums, durch das die Stadt besonders geprägt wird, zu legen. Die große zusammenhängende innerstädtische historische Bebauung muss im Mittelpunkt des Handelns stehen, da sich Halle durch jenes Ensemble von allen Städten in Deutschland abhebt.

Wir Liberalen fordern daher, privaten Investoren, die in dieser historischen Bausubstanz zu deren Erhalt aktiv werden wollen, seitens der Stadtverwaltung unbürokratisch in der Investitionsvorbereitung entgegen zu kommen. Ein verlorenes Baudenkmal kann nie wieder entstehen.

Mit der Gestaltung der Innenstadt sind weitere Erlebnisbereiche zu schaffen, die unter Ausnutzung der Möglichkeiten des Ladenschlussgesetzes die Stadt auch an den Wochenenden beleben und für Familien als attraktives Gegenstück zur "grünen Wiese" werden lassen.

Zu dieser Belebung gehört nach Ansicht der FDP auch ein gut durchdachtes Verkehrskonzept, das keinen Verkehrsteilnehmer benachteiligt und auch den Individualverkehr nicht aus dem Zentrum verbannt. Hier sind Korrekturen zur bisherigen Verkehrspolitik unbedingt notwendig, privat bewirtschaftete Parkflächen / Parkhäuser im innenstadtnahen Raum sind weiter auszubauen. Gleichzeitig ist das Verkehrsleitsystem in der Stadt so zu gestalten, dass es vor allem stadtfremde Fahrer zielsicher durch das Stadtgebiet führt. Unter Berücksichtigung der Endlichkeit von Energieträgern auf Mineralölbasis ist Halle dringend gefordert, ein Radwegenetz auszubauen, das diesen Namen verdient. Dadurch kann der Radverkehr kanalisiert werden, um Konflikte mit Fußgängern oder anderen Verkehrsteilnehmern zu minimieren.

In das Verkehrskonzept sind die halleschen Randgebiete einzubeziehen, um auch deren Bewohnern die schnelle Erreichbarkeit des Zentrums zu ermöglichen und ihnen das Gefühl der Zugehörigkeit zur Stadt, in die sie vor über 50 Jahren eingemeindet wurden, zu geben. Gleichzeitig ist in diesen Gebieten der Wohnungsbau voranzutreiben, da gerade jene Standorte für Familien interessant sind und eine angenehme Kombination aus Stadtleben und Wohnen im Grünen bieten.

Naherholungsgebiete der Stadt sind weiter auszubauen und durch reizvolle Spielplätze, intensive Naturpflege und angenehme Gastronomie anziehend zu gestalten. Die Möglichkeiten, die sich der Stadt durch die Teilnahme an der IBA 2010 dabei bieten, sind voll auszuschöpfen.

Die FDP unterstützt Aktionen gegen Graffiti-Schmierereien und unkontrolliertes Plakatieren und fordert endlich eine konsequente Verfolgung solcher Taten.

Die Präsenz von Polizei und Ordnungsamt in fußgängerreichen Passagen und kriminalitätsgefährdeten Gebieten muss wieder erhöht werden, um präventiv Straftaten zu verhindern und den Bewohnern ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln.

Verkehrsbaumaßnahmen sind stets so zu planen und umzusetzen, dass während der Bauphase ein akzeptabler Verkehrsfluss gewährleistet wird und nach Abschluss der Maßnahmen ein flüssigerer Verkehr möglich ist. Dabei ist auch die Planung von Trassen der HAVAG in solche Maßnahmen sinnvoll unter der Beachtung der Rechte aller Verkehrsteilnehmer einzubeziehen.

Ein attraktives P+R - System fehlt nach unserer Auffassung noch immer und ist zeitnah auszubauen und zu gestalten um ressourcenschonend unsere Stadt zu erschließen. Jenen, die auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, muss durch Grüne-Welle-Schaltungen der Lichtsignalanlagen eine ökonomische Fahrweise ermöglicht werden, um Feinstaub und Abgase auf ein Minimum zu reduzieren.

Bei allen Baumaßnahmen sind ebenso die Probleme behinderter Bürgern auch mit Sinnesbehinderungen, und von Eltern mit Kinderwagen zu berücksichtigen, die allzu oft bei der Planung vergessen werden.

Die Entwicklung der Stadt Halle ist nur durch eine funktionierende Zusammenarbeit mit Anrainergemeinden möglich und diese im Wettbewerb mit dem sächsischen Nachbarn Leipzig notwendig. Die FDP unterstützt Verhandlungen mit allen angrenzenden Gemeinden, die zu einer territorialen oder organisatorischen Neuregelung in der Region Halle führen können. Nur durch die Zusammenarbeit mit unseren Nachbargemeinden

können wir Halle zu einem attraktiven Partner im Wirtschaftsraum Halle-Leipzig gestalten, der wiederum für eine weitere Entwicklung unserer Stadt von unverzichtbarer Bedeutung ist.

VIII. Freizeit – Treffen der Generationen

Die Freizeitgestaltung ist von Generation zu Generation seit je her verschieden. Über Jahrzehnte hinweg lässt sich eine relative Konstanz der Präferenz für bestimmte Freizeitbetätigungen in der jeweiligen Altersklasse verfolgen. Es gilt also allen Altersklassen ein Angebot für Freizeitaktivitäten zur Verfügung zustellen, wie dies nur im größten Oberzentrum Sachsen-Anhalts geschehen kann.

Für Kleinkinder stehen Kinderspielplätze und kindgerechte Angebote im Vordergrund, die nicht zwangsläufig abseits der Bildungsangebote für Erwachsene sein müssen. Die FDP legt hier einen besonderen Schwerpunkt.

Bei Schulkindern und Jugendlichen sind die Prämissen weit gefächert. Die Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche sind erheblich zu erweitern und Privatinitiativen dabei einzubeziehen. Neben vorhandenen Jugendfreizeiteinrichtungen sollen neue wohngebietsnahe Jugendtreffs eingerichtet werden, um Eigeninitiative, Kreativität und Verantwortungsbewusstsein der Jugendlichen zu fördern. Zusätzlich sollen auch in den Ferien Schulgebäude am Spätnachmittag als jugendliche Begegnungsstätten geöffnet bleiben.

Die Liberalen wollen den Anteil an kinder- und jugendgerechten Angeboten in Museen, Theatern, Bibliotheken und Spezialschulen erweitern. Auch die musische Bildung der Kinder und Jugendlichen braucht ein vielseitiges Angebot, das nutzerfreundlich über das ganze Stadtgebiet verteilt ist. Eine Konzentration des Bibliotheksangebotes auf eine Zentralbibliothek schränkt den Zugriff vor allen junger Leser auf die Literatur ein und wird abgelehnt.

Sportvereine und -gruppen sind neben Schule und Arbeit die häufigsten Treff- und Kommunikationspunkte. In einer Welt, in der Bewegungsräume immer enger werden, Haltungs- und Bewegungsschäden sowie Übergewicht zunehmen, ist der Sport ein wichtigstes Instrument, dagegen anzugehen. Statt Vorbeugung wird in Halle zu oft auf das „berühmte Kind im Brunnen“ reagiert. Mit großem finanziellem Aufwand werden dann Sozialsondermaßnahmen aus ins Leben gerufen, die in der Regel nur Wenigen und dies nicht nachhaltig zugute kommen.

Dabei ist die finanzielle Unterstützung der Sporteinrichtungen und Sportvereine durch die Stadt Halle zu gering bemessen und nicht zielgenau. Schließungen und Sperrungen von Turnhallen, Bädern und Sporteinrichtungen sind die Folgen. Bei Entscheidungen im Rat steht in der Regel nicht das Wohl von Kindern und Jugendlichen oder die soziale Wirkung des Sports im Vordergrund, sondern nur der finanzielle Aspekt. Gerade Kinder und Jugendliche möchten sich beweisen, ihre Kräfte ausprobieren und ihre Stärken demonstrieren. Das sollen, dürfen und tun sie auch. Allerdings gehen ihre Aktivitäten bei fehlendem Sportangebot meistens in die falsche Richtung und damit liegt das „berühmte Kind“ wieder „im Brunnen“. Die FDP sieht in der konsequenten Unterstützung von Sportvereinen nicht nur die Förderung sinnvoller Freizeit, sondern auch ein wirksames Mittel, dem Rowdytum vorzubeugen.

Mit den Liberalen wird Schluss sein, dass die Personalkosten der Stadt für die Sportförderung die Höhe der Zuwendungen an die Vereine übersteigen.

Mittels Sport finden zunehmend auch ältere Menschen Geselligkeit und Lebensqualität in einer Stadt der Vereinzelnung. Sport hat neben der Möglichkeit sich selbst zu betätigen auch als Veranstaltungsträger für Wettkämpfe und Freizeitvergnügen regional und überregionale Bedeutung.

Bei allem Verständnis für Umwelt und Landschaftsgestaltung; Spielplätze und Wanderwege allein reichen nicht aus. Ein attraktives Angebot von Sportmöglichkeiten ist heutzutage eine zwingende Notwendigkeit. Viele Sportvereine haben das erkannt und würden gern durch Investitionen in ihren Sportanlagen den jetzigen und künftigen Bedürfnissen Rechnung tragen. Vorhandene Sportstätten sind in Ihrer Betriebsfähigkeit grundsätzlich zu sichern. Eine starke FDP wird dafür sorgen, dass Sport- und Umweltgremien künftig eng kooperieren um den unsinnigen Widerspruch von Schutz und sportlicher Nutzung der Natur aufzuheben.

Unter den Bedingungen der erhöhten Würdigung des ehrenamtlichen Engagements ist es dringend geboten, endlich mehr Vereinen die Möglichkeit zu geben, über die von ihnen genutzten Sportstätten weitgehend selbst zu bestimmen. Die FDP wird die Eigentumsverhältnisse aller Sportstätten schnellstens klären und eine Übergabe an jene ortsansässigen Vereine anstreben, die den Jugend- und Breitensport fördern. Dabei sehen die Liberalen es unabdingbar, den Vereinen eine weitere Unterstützung der Kommune insbesondere beim Umgang mit Zuwendungen zu geben.

Innerhalb der Stadtplanung sind die Wünsche und Bedürfnisse der Sportvereine stärker zu berücksichtigen.

Halle hat zu lange von der Substanz gelebt und den Bau dringend notwendiger Sportstätten unterlassen. Die Liberalen unterstützen die Erneuerung der Schwimmtrainingshalle. Wir wollen ein neues Stadion und endlich eine attraktive Spielmöglichkeit für die Hallen-Ballsportarten. Die Vernichtung von vorhandenen Spezial-Sportstätten zugunsten anderer Sportarten ist jedoch ökonomisch und sportpolitisch vollkommen unsinnig, weshalb wir den Umbau der Brandbergehalle als Verlegenheitslösung ablehnen.

Zum Freizeitangebot ist selbstverständlich in einem Oberzentrum die Kultur zu zählen. Seit 1990 kämpft Halle mehr oder weniger um den selbst verliehenen Titel der Kulturhauptstadt. Dieser Titel birgt auch Verpflichtungen, die zurzeit dem maroden Haushalt geopfert werden. Ein langfristiges Konzept zur Stärkung des Kulturstandortes ist dringend erforderlich. Die schwache Position der Oberbürgermeisterin hat zu massiven Einbußen bei der Landesförderung zu Gunsten von Magdeburg und Dessau geführt. Hallesche Leuchttürme, wie die Staatskapelle haben CDU und SPD billigend zum Abriss freigegeben.

Wichtig ist durch ein qualifiziertes Angebot das eigene Publikum zu gewinnen und auch unter knappen Finanzen eine überlebensfähige Struktur zu erhalten. Dabei sind die Liberalen der Meinung, dass auch die Kultureinrichtungen gefordert sind, kreativ mit der Haushaltsnotlage der Stadt umzugehen.

Der Einsatz der Haushaltsmittel in der Kultur muss einen größeren Effekt erbringen. Die gemeinsame Nutzung von Werkstätten und anderen beigeordneten Bereichen, wie z.B. Werbung, kann Freiheiten an anderer Stelle schaffen. Egoismen einzelner Häuser müssen dem Ziel des Erhalts einer breiten Kulturlandschaft untergeordnet werden.

Wir werden die Vielfalt des Angebots erhalten und jene unterstützen, die durch alternative Spiel- und Wirtschaftsmodelle ausgetretene Pfade verlassen.

Halle wird mit Unterstützung der FDP in Stadt und Land als kulturelles Zentrum Sachsen-Anhalts erhalten und weiter ausgebaut. Wir bekennen uns zur Bundeskulturstiftung, die Halle als Kulturstadt europaweit bekannt macht.

Traditionelle Festivals und Volksfeste sollen Bestand haben. Das Laternenfeste muss einer Aufwertung unterzogen werden und mit schlüssigem Konzept seinen wichtigen Platz in Halles Stadtleben einnehmen.

Kunstwettbewerbe werden das Kunst- und literarische Leben bereichern und das internationale Ansehen von Halle vertiefen. Bezüglich der Kunst in Halle muss die Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein bessere Möglichkeiten erhalten, sich in das städtische Kulturleben einzubringen.

Den halleschen Künstlern sind hinreichende Ausstellungs- und Auftrittsmöglichkeiten und der alternativen und Kleinkunst Präsentationsmöglichkeiten zu bieten.

Besondere ideelle und materielle Förderung erfahren die örtlichen Bürger-, Heimat-, Brauchtums- und Kulturvereine z.B. durch die Bereitstellung geeigneter Vortragsräume.

IX. Menschen aller Generation füreinander

Die Großstadt stellt für Menschen, die der Hilfe anderer bedürfen, eine besondere Chance dar. Sie bietet hier deutlich mehr Angebote im unmittelbaren Wohnumfeld als es auf dem Lande möglich ist.

Liberales stehen dabei für eine große Pluralität der Träger sozialer Leistungen. Im Wettbewerb um die besten Dienstleistungen bei gleichzeitiger Kontrolle der Standards durch öffentlich-rechtliche Institutionen kann die Versorgung aller am besten gesichert werden.

Menschen mit Behinderung können genauso leistungsfähig sein, wie andere Menschen, wenn man sie lässt! Zur Verbesserung ihrer Situation ist auch die Stadtverwaltung gefragt. Es muss mehr zur Beseitigung von Barrieren getan werden und die Einstellung von Behinderten im öffentlichen Dienst ist weiter zu fördern.

Ein besonderes Problem für alle hilfsbedürftigen Bürger stellt die Anonymität der Stadt dar. Damit drohen in besonderem Maß Vereinsamung und Fehlversorgung.

Im Mittelpunkt liberaler Sozialpolitik steht deshalb das bürgerschaftliche Engagement. Wo Bürger Bedürftigen helfen, muss ihnen die Unterstützung durch die Stadt zu teil werden. Besonders die ehrenamtliche und familiäre Hilfe hat deutlich mehr Wertschätzung verdient. Durch Bezahlstrukturen wurde zu sehr eine Abstufung von „Profis“ und

„Amateuren“ vorgenommen. Wir Liberale werden besonders jene unterstützen, die mit dem Herzen bei der Sache sind und Nächstenliebe nicht am Portemonnaie festmachen.

Gemeinnützige Verbände und Vereine erfahren von uns in ihrer sozialen Arbeit Unterstützung. Dabei muss nicht alles die Stadtkasse tragen. Auch und gerade eine größere öffentliche Würdigung befördern das Engagement der Mitglieder und Unterstützer. Soziales Engagement muss wieder ein positiver Punkt im Lebenslauf sein und höhere Anerkennung auch bei Arbeitgebern finden. Die FDP unterstützt all jene, die sich dem Dienst für den Nächsten widmen.

Liberale stehen für Chancengleichheit. Soziale Leistungen sollen jenen zugute kommen, die auf Grund ihrer Lebensumstände der Hilfe der Allgemeinheit bedürfen.

Unser Weg heißt jedoch nicht Bevormundung und Übernahme des Problems in staatliche Hände. Auch im sozialen Bereich zählt unser Grundsatz: So wenig Staat wie möglich, so viel Staat wie nötig! Die Liberalen wehren zudem auch überzogene Ansprüche an die Allgemeinheit ab.

X. Ruhestand

Längst sind die Zeiten vorbei, da 70-jährige alt waren. Die heute Generation der älteren Menschen ist eine wichtige Quelle des bürgerschaftlichen Engagements und zugleich Nachfrager für viele Leistungen des Handels und des Dienstleistungssektors sowie von Kultur und Sport.

Während im ländlichen Raum die Versorgung aufgrund der demografischen Entwicklung abnimmt, steigt die Attraktivität der Stadt, da alles ohne lange Wege erreichbar ist. Halle muss diese Chance nutzen und die Infrastruktur der wachsenden älteren Bevölkerung anpassen. Vielfach heißt dies auch, die Bedingungen für Kinder und Eltern mit Kleinkindern zu verbessern, woraus ein mehrfacher Nutzen entsteht. Dazu zählen neben Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden und günstiger sozialer Infrastruktur auch Rahmenbedingungen, die ein aktives Leben bis in hohe Alter ermöglichen.

Die Liberalen werden sehen die Vertretung der Interessen der älteren Menschen als selbstverständlich an.

Fragen der Verkehrsplanung müssen dem wachsenden Bevölkerungsanteil älterer entsprechend beleuchtet werden. Insbesondere die kombinierte Nutzung des Verkehrsraumes von Fußgängern und Fahrzeugen, ob Fahrrad oder Straßenbahn, ist zu analysieren und im Zweifel zu entflechten. Der Verkehrsraum ist in jeder Hinsicht barrierefrei zu gestalten, z.B. durch abgesenkte Bordsteinkanten, den Verzicht auf Stolperstufen, Ampelphasen mit entsprechender Länge, angepasster Fußwegbreite und übersichtlichen Verkehrssituationen.

Schilderwälder sollten der Vergangenheit angehören.

Es ist nach unserer Auffassung unzumutbar, dass öffentliche Einrichtungen vielfach nur über den Hintereingang barrierefrei erreicht werden können und Hinweise und Zeichen nicht an den Bedingungen eingeschränkter Seh- oder Hörfähigkeit gemessen werden. Dies gilt auch für den ÖPNV und SPNV, die zunehmend das Internet als Zugang voraussetzen und damit einer ganze Generation die Nutzung erschweren.

Gerade ältere Menschen brauchen ein Umfeld in dem sie sich sicher fühlen können. Die Kontrolle der Einhaltung kommunaler Satzungen und staatlicher Gesetze durch Polizei und Ordnungsamt ist keine Schikane, sondern Notwendigkeit, um ein Zusammenleben aller zu ermöglichen.

Die ältere Generation von heute ist hochgradig interessiert an qualifizierten Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten und häufig die Hauptnutzerguppe derartiger Einrichtungen.

Dem wollen die Liberalen durch ein abgestimmtes Angebot besser Rechnung tragen. Kulturveranstaltungen sollen zielgruppengenaue zu den gewünschten Tageszeiten an gut erreichbaren Orten stattfinden.

Sportstätten, die zunehmend auch von älteren Menschen zum Zwecke der Prävention oder Rehabilitation genutzt werden, benötigen einen höheren Ausstattungsstandard als Plätze für junge Sportler. Hier sind auch die Vereine gefordert, abgestimmte Angebote zu unterbreiten.

Allzu lange war Stadtentwicklung Selbstzweck und nicht der Bürger das Maß der Dinge. Es wird Zeit zu erkennen, dass die Zukunft der Stadt nur zu gestalten ist, wenn die Leistungen der Älteren genutzt und nicht ausgegrenzt werden.

Die Liberalen werden die Erfahrungen älterer Menschen nachhaltig in das gesellschaftliche Leben und in städtische Entscheidungsvorgänge einbeziehen, wodurch auch ihre Lebensleistung anerkannt wird.

XI. Werden und Vergehen

War früher das Ende eines Lebens normalen Bestandteil des täglichen Erlebens, so hat in der letzten Zeit zunehmen eine Verdrängung stattgefunden. Es bleibt aber immer die Aufgabe der Kommune, ihre Bürger bis zum Ende menschenwürdig zu begleiten.

Wir Liberale erkennen die Würde unserer Bürger an und sehen das Schicksal der Menschen als Handlungsmaxime.

Mit einer zunehmend älteren Bevölkerung und der wachsenden räumlichen Trennung der Generationen durch hohe Flexibilität am Arbeitsmarkt muss die Gemeinschaft im Alter Dienste der Familie zur Verfügung stellen. Dazu gehört auch die Begleitung zum Tod. Wenn keine Angehörigen zur Seite stehen, kann Begleitung ein Teil der Sozialarbeit sein.

Sterben gehört zum Leben und es liegt bei uns Allen, wie wir mit unseren Kranken und Sterbenden umgehen. Eine umfassende ambulante und stationäre Palliativ- bzw. Hospizversorgung, verbunden mit einer optimalen Schmerztherapie, muss die leidige Diskussion um die so genannte aktive Sterbehilfe beenden, denn moderne Medizin kann Leiden mindern.

Zum jetzigen Zeitpunkt verfügt die Stadt Halle über ein stationäres Hospiz, welches entsprechend der Einwohnerzahl der Stadt als ausreichend anzusehen wäre. Allerdings ergeben sich aus dem großen Einzugsbereich des Hospizes längere Wartelisten, die darauf zurückzuführen sind, dass es im Land Sachsen- Anhalt nur 2 derartige Einrichtungen gibt.

Im Bereich der stationären Palliativversorgung ist die Anzahl der Betten derzeit nach unserer Ansicht unzureichend und müsste erweitert werden.

Des Weiteren wird die FDP den Aufbau eines Netzwerkes für einen ambulanten ärztlichen Hausbesuchsdienst für Schmerzpatienten generell durch speziell geschulte Schmerztherapeuten, die auch als Beratungsanlauf für Hausärzte dienen soll, anregen. Denkbar wäre eine Anbindung dabei an die Schmerzambulanz oder an die Palliativstation.

Selbst nach dem Tode von Angehörigen lernte so mancher unsere Stadt von ihrer unschönen Seite kennen. Die Kosten bei den Friedhöfen sind in den letzten Jahren explodiert und wohnortnahe Friedhöfe sollen geschlossen werden, so dass die Trauer am Grab immer mehr mit längeren Fahrten verbunden sein wird.

Wir Liberalen wollen mehr freie Anbieter, die kostenmindernd wirken können, sowie eine weitestgehende Befreiung von Friedhofszwang, um moderne aber pietätvolle Bestattungsformen zu ermöglichen. Friedwälder finden mehr und mehr Anklang bei den Menschen, weshalb auch in Halle ein solcher ausgewiesen werden sollte.

Es darf nicht sein, dass die Frage Beerdigung oder Einäscherung durch den Geldbeutel bestimmt wird. Die Friedhofsverwaltung soll der Sicherung eines würdevollen Umgangs mit den Verstorbenen dienen und nicht vordergründig der Haushaltsanierung.

Gebt Halle den Menschen zurück

Wenn Sie auch der Meinung sind, dass sich in Halle dringend etwas ändern muss und dies nur mit den Liberalen geschehen kann, dann gehen Sie am 7. Juni zur Wahl und geben Ihre drei Stimmen ihren örtlichen Kandidaten der FDP.

Glossar

FDP	Freie Demokratische Partei, auch "Die Liberalen" einzige deutsche Partei der Freiheit und Bürgerrechte
Kammern	Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer
Kommune	Bezeichnung für Stadt, Gemeinde und Kreis
ÖPNV / SPNV	Öffentlicher Personennahverkehr, Schienenpersonennahverkehr d.h. Straßenbahn, Busse, S-Bahn
P+R	Park and Ride: Vernetzung von Individualverkehr und ÖPNV
staatsgläubige Politiker	Angehörige von LINKE, SPD und CDU